

1 Initiativantrag der Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

2
3 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen

4 Der Landesparteitag möge beschließen

5
6 **Prekarisierung bekämpfen, Zeit- und Leiharbeit gleichstellen**

7
8 Leiharbeit nimmt seit Jahren drastisch zu. Mit dieser Entwicklung geht bei vielen
9 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Verschlechterung der Einkommens- und
10 Arbeitssituation einher. Wir fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion und die
11 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich neben der Einführung eines
12 gesetzlichen Mindestlohns dafür einzusetzen,

- 13
14 a) eine bundeseinheitliche Regelung zum Schutze und zur Gleichstellung von Zeit- und
15 Leiharbeiterinnen und -nehmern hinsichtlich Bezahlung und
16 Arbeitsbedingungen zu ihren festangestellten Kolleginnen und Kollegen zu treffen,
17 und
18 b) durch gezielte Maßnahmen die Anreizstruktur, auf der prekäre Beschäftigung fußt, zu
19 unterbinden.

20
21 **Begründung:**

22
23 Ausgangslage:

24 Die von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeit und
25 Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen belegt am 27.08.2008 erneut: Die Schere
26 zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Arbeitnehmerinnen und
27 Arbeitnehmer des Niedriglohnsektors sind von dieser Entwicklung übermäßig stark betroffen.
28 Die untersten Einkommensgruppen müssen demnach ein Minus von knapp 14% bei der
29 Reallohnentwicklung seit 1995 in Kauf nehmen. Der Anteil des Niedriglohnsektors am
30 Gesamtarbeitsmarkt beträgt im Moment 22 Prozent und ist damit hinter den USA, mit einem
31 Anteil von 25 Prozent, international auf dem zweiten Platz. Dabei arbeiten im Gegensatz zu
32 den USA, wo 70 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten keine Berufsausbildung oder
33 weiterführenden Schulabschluss haben, drei von vier Niedriglohnbeschäftigten mit einer
34 abgeschlossenen Berufsausbildung oder einem Hochschulabschluss. Den größten Anteil
35 machen nach wie vor Frauen aus (68,1 Prozent), die z.B. durch nichtlineare
36 Erwerbsbiographien weiterhin benachteiligt sind. Selbst bei gleicher Arbeit in
37 Normalarbeitsverhältnissen bekommen Frauen im Schnitt 25 Prozent weniger als ihre
38 männlichen Kollegen.

39
40 Die Zunahme des Anteils im Niedriglohnsektor beschäftigter lässt sich vor allem durch drei
41 Entwicklungen erklären:

- 42 1. Die schleppende Einführung von Betriebsräten und der strukturelle Wandel in den
43 ostdeutschen Unternehmen nach der Wiedervereinigung ermöglichte es den
44 Unternehmen, vormals gut bezahlte Arbeitsverhältnisse in schlechter bezahlte
45 Branchen zu verlagern.
46 2. Die Privatisierung von staatlichen Unternehmen ließ die Löhne erneut sinken.
47 3. Die Hartz-Reformen haben einen Anstieg der Minijobs und Zeitarbeit zum Zwecke der
48 Erhöhung der Beschäftigungsquote bewirkt. Seit deren Umsetzung hat sich die Zahl
49 der prekär Beschäftigten um eine vielfache erhöht.

1 Dabei ist besonders besorgniserregend, dass die Zahl der Vollzeitbeschäftigten, die für einen
2 niedrigen Lohn arbeiten, seit 1995 stark angestiegen ist. War vor 13 Jahren nur jede/r Neunte
3 von unfairer Entlohnung betroffen, so ist es heute jede/r siebte Vollzeitbeschäftigte.
4 Geringere Löhne, weniger Rechte, weniger Mitbestimmung und mehr Unsicherheit zeichnen
5 die modernen Randbelegschaften aus, die bis heute gut 2% der Gesamtbeschäftigten
6 ausmachen und deren Zahl voraussichtlich weiter steigen wird. Als Arbeitnehmende „Zweiter
7 Klasse“ müssen ca. 731.000 auf viele Leistungen verzichten, die Festangestellte in den selben
8 Betrieben längst erstritten haben, da sie selbst eine vielfach schlechtere Verhandlungsposition
9 haben. Sie bekommen oft kein Fahrgeld, nehmen schlechtere Arbeitszeiten in Kauf und
10 müssen mit Urlaubsanträgen sehr sparsam umgehen. Am Ende des Monats müssen trotz
11 Regelarbeitszeit viele Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter ergänzende Sozialleistungen
12 beziehen, was neben dem eigenen Selbstwertgefühl auch die angespannten Sozialkassen, die
13 sich selbst nur durch einen Teil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten finanzieren,
14 belastet.

15

16 Lösungsansatz:

17 Um den Trend zu mehr prekärer Beschäftigung zu stoppen müssen jetzt beherzigte
18 Maßnahmen ergriffen werden. Es bedarf einer bundesweiten gesetzlichen Regelung zum
19 Schutze und zur Gleichstellung von Zeit- und Leiharbeiterinnen und -nehmern
20 gegenüber ihren festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Durch die Gleichstellung im
21 Unternehmen werden die ökonomischen Anreize zur prekären Beschäftigung minimiert. Bei
22 gleicher Entlohnung, bei gleichen Lohnnebenkosten, gleichen Urlaubsansprüchen usw. fallen
23 Anreizmechanismen weg, die das Unternehmen vorher dazu bewogen haben, Kosten durch
24 prekäre Beschäftigung einzusparen. Die langfristige Anstellung würde sich gegenüber der
25 Kurzfristigen wieder als kostengünstige Möglichkeit durchsetzen. Auch wird durch die
26 Gleichstellung aller Teile der Belegschaft der Organisationsgrad erhöht und die
27 Durchsetzungsfähigkeit der Betriebsräte gestärkt werden. Als konjunkturabhängiges
28 Instrument hat die Zeitarbeit weiterhin ihre Berechtigung, um anfallende Produktionsspitzen
29 zu bewältigen und um Auftragsflauten aufzufangen. Bei Produktionsspitzen wäre sogar davon
30 auszugehen, dass das Unternehmen dazu bereit wäre, ggf. höhere Löhne an zeitlich befristete
31 Beschäftigte zu entrichten.

32

33 Das Ziel muss sein, profitmaximierende Denkweisen frühzeitig zu erkennen und zu
34 verhindern, wenn sie zum Schaden Anderer dienen. Die einfache Logik hinter prekärer
35 Beschäftigung muss erfasst und durch gesellschaftliche Mehrheiten vereitelt werden.
36 Anreizstrukturen müssen dort entfallen, wo sie Schaden anrichten. Auf dem Arbeitsmarkt und
37 überall.